

P R O T O K O L L
der 446. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 17. September 2024
Zeit	19.30–21.05 Uhr
Ort	Mattenhofsaal Gümligen
Anwesend Vorsitz	Bircher Laura
Mitglieder	Arnold Luc, Bähler Simon, Bless Adrian, Buff Ronald, Eugster Simon, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Kearns Françoise, Koelbing Martin, Lauper Reto, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Messerli Patricia, Müller Kearns Alan (ab 20.30 Uhr), Sager Manuel, Schenk Johanna, Scherrer Annette, Siebenrock-Häberli Charlotte, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Fankhauser Suzanne, Spycher Christian
Vertreter des Gemeinderats	Lack Stephan, Gemeindepräsident Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Künti Karin, Siegenthaler Muinde Gabriele
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr (Trakt. 2)
Entschuldigt abwesend GGR:	Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Kaczala Gregor, Köbeli Jan, Legler Bettina, Mäder Renate, Meichtry Helena, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Stein Kaspar, Thut Walter, von Gunten Adrian
	GR: Bärtschi Markus
Protokoll	Schweizer Corinne

Geschäfte 11

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 20. August 2024	819
2.	Totalrevision Abfallreglement	820
3.	Fraktion SVP: Postulat «Ernst Mischler-Platz»; Zwischenbericht	832
4.	Postulat Fankhauser (SP) / Zaccaria (SP): Freier Zugang zum Internet auf öffentlichen Plätzen der Gemeinde; Zwischenbericht	832
5.	Motion Zaccaria (SP): Installation von Nist- und Wohnkästen für Vögel und Fledermäuse an allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde Muri-Gümligen	833
6.	Postulat Grossenbacher (Grüne): Mehrweg ist Mehrwert: für umwelt- und klimafreundliche Verpackungslösungen; Zwischenbericht	836
7.	Interpellation SVP: Vakanzen Leitung Soziale Dienste	837
8.	Einfache Anfrage Held (FDP): Update räumliches Leitbild	837
9.	Einfache Anfrage Held (FDP): Dekarbonisierung in der Gemeinde Muri-Gümligen	837
10.	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	837
11.	Neue parlamentarische Vorstösse	839

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch herzlich zur 446. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR), die heute ausnahmsweise im Mattenhofsaal in Gümligen stattfindet, da es eine von der Schule verursachte Reservationskollision gab. Es sind aktuell 28 (recte 27) Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig. Seitens der Verwaltung ist Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr, zu Traktandum 2 anwesend.

Kurz zum Ausflug des GGR vom 12. September. Es war eine gute Möglichkeit, sich über die Fraktionsgrenzen hinweg auszutauschen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Euch bedanken, dass Ihr so zahlreich erschienen seid.

Zu Beginn noch etwas anderes: Wie ich höre, wird Martin Grütter bald pensioniert. Er unterstützt den GGR heute zum letzten Mal in technischen Angelegenheiten. An dieser Stelle möchte ich mich für Ihre Arbeit in den letzten Jahren sehr herzlich bedanken. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft. Wir haben ein kleines Abschiedsgeschenk für Sie.

Wir kommen zur Beratung der Geschäfte. Gibt es Einwände oder Anträge betreffend die vorgeschlagene Traktandenliste? Bitte meldet Euch deutlich, wenn etwas ist, denn wir sehen Euch von der Bühne aus nicht so gut, weil es blendet.

Suzanne Fankhauser (SP): Können wir die Beleuchtung nicht ändern?

Die Vorsitzende: Das haben wir bereits getan.

Suzanne Fankhauser (SP): Wir sehen die Personen im Saal kaum.

Die Vorsitzende: Wir bitten Euch, Eure Hand deutlich und etwas länger hochzuheben, wenn Ihr Euch melden wollt.

Karin Pulfer: Entschuldigt, dass ich mich kurz zu Worte melde. Martin Grütter hat heute seinen letzten Einsatz. Es ist kein Heimspiel für ihn, sondern er arbeitet hier bloss stellvertretend. Er hat alles versucht, um die Technik und Lichtmaschinerie in Gang zu bringen, und wir haben das Maximum herausgeholt. Das finde ich toll. Ich denke, wir können die Sitzung so gut über die Runden bringen. Merci vielmals.

Die Vorsitzende: Danke, Karin.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 20. August 2024

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

2. Totalrevision Abfallreglement

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Wie eingangs erwähnt, ist Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr, für dieses Traktandum anwesend.

Bernhard Häuselmann (GPK): Wir haben das Geschäft am 4. September an unserer Sitzung zusammen mit Thomas Marti geprüft. Das alte Reglement ist aus dem Jahr 1994 und muss aus diversen Gründen angepasst werden, die in den Unterlagen gut erläutert sind. Das neue Reglement basiert, wie wir festgestellt haben, auf einer kantonalen Vorlage. Es wurde dann aber bei uns zusammen mit Ueli Friederich noch spezifisch weiterentwickelt. Aus Sicht der GPK ist das Geschäft gut vorbereitet, und wir können heute Abend gerne darauf eintreten. Merci vielmals allen, die daran gearbeitet haben.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich freue mich, etwas zum Abfallreglement zu sagen. Bernhard hat es schon gesagt, es ist rund 30jährig. Eine Revision hat sich aus zwei Gründen aufgedrängt. Einerseits wurde das übergeordnete Recht sowohl auf Stufe Bund wie auch auf Stufe Kanton seit dem Jahr 2015 angepasst. Wir sind in unserer rechtlichen Auffassung also nicht mehr ganz zeitgemäss.

Der zweite Punkt ist, dass die Gemeinde einzelne Dienstleistungen eingeführt hat, die neu sind, beispielsweise die Kunststoffsammlung. Diese sind im aktuellen Reglement noch gar nicht rechtlich abgebildet. Ganz strikt gesagt, wären wir eigentlich illegal unterwegs. So viel zu den Hintergründen.

Mit der Totalrevision haben wir die kommunalen Regelungen auch möglichst entschlackt. Wir hatten bisher drei Reglemente, neu sind es zwei Erlasse: Das Abfallreglement in der Kompetenz des GGR und eine Abfallverordnung, die der GR beschliessen wird. Die Abfallverordnung ist, wie üblich, aus Transparenzgründen Euren Unterlagen im Entwurf beigelegt.

Das neue Reglement hat eine andere Systematik, und die meisten Änderungen sind formeller und nicht inhaltlicher Natur. Sie werden in der Botschaft recht ausführlich beschrieben. Deshalb haben wir auf eine Synopsis verzichtet. Gerne nehmen wir aber die Rückmeldung aus dem Parlament entgegen, dass es trotzdem dienlich wäre, und werden das in Zukunft im Sinn einer Qualitätsverbesserung gerne aufnehmen.

Was ändert inhaltlich bei diesem neuen Reglement? Wir werden, wenn wir die Punkte durchgehen, gleich feststellen, dass sich für die Bürgerinnen und Bürger praktisch nichts ändert. Den grossen Teil bilden «Formulierungsgeschichten» und Anpassungen der Systematik. Inhaltlich sind die wichtigsten Dinge einerseits einmal die Ausgangslage, die mit einer Neudefinition des Abfallmonopols auf übergeordneter Stufe geändert hat. Das wird in Art. 2 des Reglements auch wiederholt. Das Abfallmonopol der Gemeinde bedeutet, dass nun jeder Dienstleister, beispielsweise TexAid oder Mr. Green, den es neuerdings gibt, auf dem Gemeindegebiet tätig werden darf, wenn eine entsprechende Bewilligung vorliegt.

Mit dem neuen Abfallmonopol ist aber auch klar, dass es gewisse Abfalldienstleistungen gibt, die nicht mehr darunterfallen. Deshalb ist eine der Änderungen, dass in Art. 15 und Art. 19 des Reglements die Grundlagen geschaffen wurden, dass die Gemeinde auf vertraglicher Basis Dienstleistungen ausserhalb des Abfallmonopols anbieten kann.

Neu ist zweitens die Verpflichtung Privater in ganz speziellen Situationen in Art. 5 und Art. 6. Dabei geht es einerseits um Take-aways, die genügend Abfallbehälter zur Verfügung stellen müssen, und andererseits um bewilligungspflichtige Veranstaltungen, die nach Möglichkeit Mehrweggeschirr gegen Pfand einsetzen sollen. Wichtig ist der Zusatz «nach Möglichkeit». Es gilt nämlich das Verhältnismässigkeitsprinzip, das in Abs. 2 auch detailliert beschrieben wird. Gerne informiere ich diesbezüglich, dass der GR demnächst über die Einführung eines Förderangebots

«Mehrweggeschirr für Anlässe» als Pilot diskutieren wird, um die Umsetzung dieser Verpflichtung insbesondere für die Vereine zu erleichtern.

Ein dritter Punkt sind zwei Änderungen im Rahmen-Gebührentarif. Neu geschaffen wird die gesetzliche Grundlage für die Kunststoffsammlung und eine allfällige Anlieferpauschale bei den Sammelstellen. Rechtlich ist die Systematik so, dass das Reglement einen Rahmentarif mit minimalen und maximalen Beträgen vorsieht und der GR in einer zweiten Phase diesen Spielraum nutzt, um die konkret geltenden Gebühren in der Abfallverordnung festzulegen.

Mit dem Inkrafttreten des Reglements per 1. Januar 2025 sind keine Änderungen der Gebühren geplant. Die Spezialfinanzierung Abfall hat jedoch in den letzten Jahren Reserven aufgebaut, und der GR wird demnächst über eine Senkung der Grundgebühren per 1. Januar 2026 diskutieren. Dieses Geschäft wird auch vom Preisüberwacher geprüft werden müssen, deshalb brauchen wir etwas mehr Anlaufzeit.

Der vierte Punkt sind kleine Anpassungen im Bereich der Rechtspflege. Der maximale Bussenbetrag wird auf CHF 5'000 heraufgesetzt. Zudem haben wir die Möglichkeit einer Beschwerde an den GR gestrichen. Eine Beschwerde würde also direkt an den Kanton gehen.

Der fünfte und letzte Punkt ist, dass das Reglement in Art. 3 etwas ausführlichere Grundsätze zur Abfallbewirtschaftung enthält. Der allgemein übergeordnete Grundsatz in Abs. 1, wonach Abfälle nach Möglichkeit zu vermeiden, zu vermindern und zu verwerten sind, ist hinlänglich bekannt und war schon im alten Reglement so vorgesehen. Abs. 2 und Abs. 3 präzisieren verschiedene Dinge in Bezug auf den Umweltschutz im Sinn des Umweltschutzgesetzes.

Neu ist Abs. 4, weil es beim Abfall nicht nur um Umweltschutz, sondern auch um Klimaschutz geht. Zwei Drittel aller Emissionen sind sogenannte indirekte Emissionen, die bei der Herstellung und Entsorgung von Gütern entstehen. Die Gestaltung beziehungsweise eben das Design dieser Produkte und Dienstleistungen ist zu 80 Prozent für die Höhe der verursachten Emissionen der Güter verantwortlich. Das ist also eindeutig der grösste Hebel. Doch auch auf Stufe Abfallbewirtschaftung besteht Handlungsspielraum, und genau darauf bezieht sich Abs. 4.

Das neue Abfallreglement wurde, wie bereits gesagt, mit Unterstützung von Rechtsanwalt Ueli Friederich in einem umsichtigen Prozess überarbeitet. Herr Friederich musste sich für heute Abend leider entschuldigen, und ich freue mich, dass Thomas Marti an meiner Seite zur Verfügung steht, um Fragen zu beantworten. Merci.

Eintreten wird nicht bestritten. Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend artikelweise Detailberatung und artikelweise Abstimmung über allfällige Anträge, danach weitere Wortmeldungen zum gesamten Reglement. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Christian Spycher (SVP): Die SVP-Fraktion anerkennt die Ausgangslage und die Erwägung, dass eine Totalrevision nach rund 30 Jahren sinnvoll ist. Die rechtlichen Grundlagen haben sich auf den verschiedenen Stufen – wie wir schon gehört haben: eidgenössische Verordnung und die Empfehlungen des Kantons Bern – in Form einer neuen Vorlage für ein Abfallreglement und die Abfallverordnung geändert.

Unsere Meinung zum vorliegenden Abfallreglement mit 15 Seiten und zur Abfallverordnung mit 11 Seiten: Eigentlich funktioniert das Abfallwesen ja gut. Es muss effizient, günstig und gesetzeskonform geregelt sein. Der vorliegende Entwurf ist nach unserer Einschätzung ungünstig – enthält viel Unnötiges, und man spürt die

Handschrift der grünen Gemeinderätin.

Die SVP-Fraktion verzichtet auf Änderungen und Streichungen bei dieser Vorlage. Das Reglement hat schon so viele Ressourcen verbrannt, und wir wollen keine weiteren verbrennen. Deshalb unterstützen wir den Antrag des GR mit wenig Feuer. Merci.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Die Grüne Fraktion hat Feuer für diese Totalrevision des Abfallreglements. Wir begrüßen die Änderungen und die Totalrevision und stimmen der Vorlage zu. Für uns ist wichtig, dass die Klima- und Energiestrategie unserer Gemeinde nicht nur geduldiges Papier ist, sondern auch tatsächlich umgesetzt wird. Die Totalrevision ist auch ein kleiner Schritt in diese Richtung, weil sie nämlich darauf abzielt, dass wir weniger Abfall produzieren und mehr wiederverwenden. Sie ist aber auch konsequent mit der Legislaturplanung. Denn in dieser hat sich der GR das Ziel gesetzt: «Mit Ressourcen wird effizienter umgegangen». Stichwort Kreislaufwirtschaft. Auch in dieser Hinsicht ist das Abfallreglement wegweisend.

Wir müssen unbedingt auf den Weg kommen, weniger wegzuwerfen und mehr Ressourcen wiederzuverwenden, denn das spart schlussendlich Energie, die wir brauchen. Man hört immer wieder, dass die Schweizerinnen und Schweizer Weltmeister im Recyceln sind. Wir sind aber eben auch eine der Nationen, die am meisten Kehricht produzieren. Es fallen nämlich pro Person 716 Kilo Abfall an. Man stelle sich einmal diese unglaubliche Menge Kehricht vor, die jede und jeder von uns im Durchschnitt produziert!

Ich glaube, alle von uns, die schon einmal im Entsorgungshof unserer Gemeinde waren, staunen, was da alles weggeworfen wird. Zum Teil landen Dinge im Kehricht, die noch gut brauchbar wären. Wir Grüne sind der Überzeugung, dass wir da unbedingt einen Schritt weiterkommen müssen. Wir begrüßen deshalb, dass die Gemeinde aktiv werden will und mit dieser Totalrevision die reglementarischen Grundlagen dazu schafft. Denn der beste Abfall ist der, der gar nicht erst anfällt.

Wir stimmen deshalb der Revision heute Abend zu. Ich erkläre gerne später noch unsere Anträge zu einzelnen Artikeln.

Luc Arnold (SP): Die Fraktion SP hat die Totalrevision des Abfallreglements an ihrer Fraktionssitzung besprochen. Wir erachten es als wichtig, dass die Reglemente der Gemeinde den aktuellen Bedingungen entsprechen, und begrüßen deshalb diese Überarbeitung. Dass die Totalrevision des Reglements unter anderem aufgrund von Bemühungen hin zur Kreislaufwirtschaft und aufgrund neuer Dienstleistungen im Bereich Recycling und Separatsammlungen nötig wurde, werten wir positiv. Es zeigt doch auf, dass wir uns als Gemeinde in einem wichtigen Thema in eine richtige Richtung bewegen. In diesem Sinn wird auch die Fraktion SP dem Antrag des GR folgen.

Ich kann noch kurz etwas zu den Anträgen der Grünen ausführen. Wir werden alle drei unterstützen. Wir erachten es gerade im Bereich von Take-away-Anbietern als richtig, dass sie mit einfachen und kostenneutralen Massnahmen, wie zum Beispiel dem Akzeptieren von Mehrweg-Behältern, einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Verpackungsmaterialien leisten können. Wir sind der Meinung, dass die Streichung von «nach Möglichkeit» in Art. 6 Abs. 1 möglich ist. Die Ausnahmeregelungen sind durch die Verhältnismässigkeit, die in Art. 6 Abs. 2 ausgeführt wird, immer noch gegeben. Auch den dritten Antrag unterstützen wir. Wir denken, dass die 15 Minuten Gratis-Häckseldienst ein guter Anreiz für unsere Bevölkerung ist, diese Dienstleistung zukünftig auch mehr zu nutzen.

Emanuel Zloczower (FDP): Die Fraktion FDP ist mit der Präsentation des Abfallreglements, wir haben es vorhin schon einmal gehört, nicht zufrieden. Ich muss dabei der GPK ein wenig widersprechen. Wir sind der Meinung, dass dieses Geschäft so nicht gut vorbereitet war. Es erscheint uns weder benutzer- noch

milizfreundlich aufbereitet worden zu sein.

Wir verstehen und anerkennen zwar, dass ein 30jähriges Reglement, gerade im Abfallbereich, einer Totalrevision bedurfte. Aber wir verstehen nicht, weshalb das plötzlich so pressiert hat und man das Reglement plötzlich so schnell durchbringen musste. Das ist unser Eindruck.

Auch wenn es vorliegend nicht um eine Teilrevision geht, bei der es einfacher wäre, mit einer synoptischen Übersicht die Änderungen zu zeigen, wäre es doch machbar gewesen, auch hierzu eine Übersicht, bei der man problemlos Altes mit Neuem vergleichen kann, aufzubereiten und uns zu zeigen. Aber wir vertrauen dir jetzt, Gabriele, dass es materiell wenig oder minimal Änderungen gibt, so, wie du vorhin gesagt hast.

Du hast es schon erwähnt, aber doch noch ein letztes Mal von unserer Seite: Wir erwarten vom GR schon, dass in Zukunft gerade solche technischen Vorlagen milizgerecht aufbereitet werden, damit man sich rasch in eine neue Materie einarbeiten und eben den Vergleich von Alt zu Neu sehen kann.

Wir haben uns deshalb einen Rückweisungsantrag überlegt. Aber wir wollen keinen Sand ins Getriebe streuen und werden den Vorschlag des GR so, wie er ist, akzeptieren und durchwinken. Allerdings lehnen wir die drei Anträge der Grünen ab. Ich werde bei den jeweiligen Artikeln noch einmal darauf zurückkommen. Merci.

Patricia Messerli (forum): Kennt Ihr die Geschichten über die Olchis? Meine Kinder haben diese Geschichten immer geliebt. Die grünen Olchis leben auf einer Müllhalde in Schmuddelfing. Sie essen Schuhsohlen und Schrauben, trinken Stinkebrühe und Fahrradöl, baden im Schlamm und können Ordnung nicht ausstehen. Auch wenn das Leben in Schmuddelfing für die Olchis und für meine Kinder lustig war, bin ich froh, dass wir punkto Abfall heute in der Schweiz und in Muri-Gümligen viel getan haben.

Der Abfall ist kein modernes Phänomen. Aber der Umgang mit dem Abfall hat sich in den letzten Jahrhunderten immer wieder verändert. Lange Zeit waren Abfälle eher ein praktisches Problem. Der Abfall stank, und er behinderte den Verkehr, weil er auf den Strassen herumlag. In der Schweiz gibt es erst seit Anfang 20. Jahrhundert eine systematische und effiziente Abfallbewirtschaftung. Und wer von den «Patent Ochsner»-Fans weiss heute, dass die Gruppe ihren Namen vom wohl berühmtesten Kehrichtkübel der Schweiz hat?

Im Jahr 1980 wurden in der Schweiz noch 80 Prozent des Siedlungsmülls verbrannt. Aber am Ende des letzten Jahrhunderts, also vor noch nicht so langer Zeit, musste man feststellen, dass viele Arten von Kehricht auch grosse Gefahren für unsere Umwelt bergen.

Franziska sagte es bereits: 700 Kilo Kehricht verursacht jeder von uns heute pro Jahr. Das ist viel im internationalen Vergleich. Zum Glück sind wir aber Weltmeister beim Trennen von Abfall. In der Schweiz wird etwa die Hälfte der Siedlungsabfälle dem Recycling zugeführt und damit stofflich verwertet. Die genaue Trennung oder die samstägliche Fahrt zu Bigler, zur Coop oder zur Migros, wo wir Glas, PET, Kunststoff und Metall entsorgen, wurde für die meisten von uns so normal, wie wir Zähne putzen.

Weshalb erzähle ich Euch das alles? Die geschichtliche Entwicklung zeigt uns, dass die Abfallbewirtschaftung stets den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden muss. In einer idealen Welt sollte es eigentlich immer weniger oder gar keinen Abfall mehr geben. Und eigentlich sollten wir auch versuchen, das zu tun, anstatt jetzt darüber zu «schtürme», was genau in ein Reglement rein muss oder was nicht. Oder ob es jetzt zu umfangreich sei oder zu detailreich oder zu kompliziert. Aber das ist nicht so einfach, und deshalb brauchen wir eben ein Reglement zur Abfallsammlung.

Der GR legt uns heute eine Totalrevision des Abfallreglements vor. Das geltende Abfallreglement ist rund 30jährig und ist jetzt reif für die Papiersammlung. Wir begrüssen, dass das Abfallreglement nun wegen den rechtlichen Vorgaben des

Bundes und des Kantons, den erforderlichen Anpassungen an die heutigen Gegebenheiten und im Sinn einer zeitgemässen Abfallbewirtschaftung, so, wie Gabriele vorhin skizziert hat, totalrevidiert wurde. Eine zeitgemässe Weiterentwicklung der Abfallbewirtschaftung in unserer Gemeinde ist nur mit dieser Totalrevision möglich.

Unsere Fraktion findet, das neue Reglement sei gut gegliedert und klar und verständlich verfasst. Wichtig finden wir auch die in Art. 3 erwähnten Grundsätze: Abfälle seien nach Möglichkeit zu vermeiden, zu vermindern und zu verwerten, und die Abfallbewirtschaftung solle einen Beitrag zur Förderung der Kreislaufwirtschaft leisten.

Die Fraktion forum bedankt sich beim GR und bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmt dem Geschäft zu.

Ich sage auch gleich etwas zu den drei Anträgen, welche die Grünen gestellt haben. Den ersten Antrag, der Art. 5 betrifft, lehnen wir ab. Wir haben das diskutiert und sind der Meinung, dass die Regelung in Art. 3 dem schon Rechnung trägt und man es hier nicht noch einmal wiederholen muss. Den zweiten Antrag, der Art. 6 Abs. 1 betrifft, nehmen wir an. Den dritten Antrag, der einen kostenlosen 15minütigen Häckseldienst verlangt, lehnen wir ab. Wir finden, dass die Kosten für den Häckseldienst, so, wie sie im Moment vorgesehen sind, vertretbar sind. Man bezahlt nicht so viel, und die Entsorgung der Äste kann auch als Bündel oder in einem Container erfolgen.

Gestützt auf das Verursacherprinzip finden wir es eigentlich korrekt, dass diese Kosten auf die Gartenbesitzer überwältzt werden. Im Übrigen gibt es auch bei uns Stimmen in der Fraktion, die sagen, dass die Anfahrt mit dem Häcksel-Camion, so, wie sie gemacht wird, nicht so umweltfreundlich ist. Das heisst, es hebt sich eigentlich wieder auf, wenn man zwar vermehrt häckselt, diese Arbeit aber eben mit einem nicht so umweltfreundlichen Fahrzeug gemacht wird. Merci.

Detailberatung

I Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Keine Bemerkungen

Art. 2 Begriff

Keine Bemerkungen

Art. 3 Grundsätze der Abfallbewirtschaftung

Keine Bemerkungen

Art. 4 Entsorgungsmonopol und besondere Arten der Entsorgung

Die Vorsitzende: Ein Hinweis: In den Marginalien fehlt ein D. Richtig ist «der Entsorgung».

Art. 5 Verkaufsstellen für Unterwegsverpflegung

Antrag Grüne:

Verkaufsstellen für Unterwegsverpflegung (take away) müssen wirksame Massnahmen ergreifen zur Vermeidung und Verminderung von Abfall und für ihre Kundschaft genügend Abfallbehälter für Kehricht und Separatabfälle zur Verfügung stellen.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Der GR schlägt vor, dass man einführt, dass die Betriebe genügend Behälter zur Verfügung stellen müssen, damit die Leute den Abfall entsorgen können. Wir möchten, dass es eine Ergänzung gibt und die Betriebe auch wirksame Massnahmen zur Vermeidung von Abfall ergreifen müssen. Darunter fällt beispielsweise, dass sich die Betriebe Gedanken machen können, wie sie eben möglichst einfache Verpackungslösungen, die auch rezyklierbar sind, anbieten können.

Also nicht jedes Wienerli im Teig in einen super Plastikbehälter tun, sondern vielleicht würde auch eine Papiertüte reichen. Oder dass sie Mehrweggeschirr akzeptieren oder selbst verkaufen. Es gibt heutzutage gute Lösungen, die sich breit etabliert haben. Das würde wiederum dazu führen, dass die Betriebe überhaupt weniger Kehrrecht produzieren, was im Sinn des gesamten Reglements wäre.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Danke für diesen Antrag. Das Ziel ist sicher unbestritten, dass wir möglichst wenig Abfall haben. Der GR bleibt allerdings bei seiner Version. Dies mit dem Hinweis, dass wir in Art. 3 den Grundsatz der Vermeidung und Verminderung von Abfällen schon festgeschrieben haben. Er gilt selbstverständlich auch für Take-away-Unternehmen. Wir sind der Meinung, dass er nicht ein zweites Mal in Art. 5 nötig ist.

Emanuel Zloczower (FDP): Ganz kurz, ich kann mich den Vorrednern anschliessen. Ich bin auch der Meinung, dass es doppelt gemoppelt wäre. Art. 3 hält diesen Grundsatz bereits fest. Er ist in Art. 5 völlig überflüssig.

Die Vorsitzende: Wir sind derzeit 27 Anwesende und nicht 28, wie ich zu Beginn der Sitzung fälschlicherweise gesagt habe.

Beschluss (nach Wiederholung der Abstimmung: 5 Ja / 21 Nein / 1 Enthaltung)
Der Antrag der Grünen zu Art. 5 wird abgelehnt.

Art. 6 Veranstaltungen

Antrag Grüne Art. 6 Abs. 1:

¹ An bewilligungspflichtigen Veranstaltungen dürfen Esswaren und Getränke ~~nach~~ ~~Möglichkeit~~ nur in Mehrweggeschirr verkauft werden, das gegen Pfand abgegeben wird.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir sind der Meinung, dass die Verhältnismässigkeit in Abs. 2 behandelt wird und deshalb in Abs. 1 der Grundsatz gelten soll. Deshalb soll die Relativierung «nach Möglichkeit» in Abs. 1 gestrichen werden.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Auch über diesen Antrag hat der GR diskutiert. Er ist grundsätzlich einverstanden, dass es rechtlich nicht zwingend wäre, das in Abs. 1 aufzuführen. Er bleibt aber bei seiner Version, und zwar aus kommunikativen Überlegungen. Wir wissen, dass die Vereine eher etwas Bauchschmerzen wegen der neuen Pflicht für Mehrweggeschirr mit Pfand haben. Wir sind der Meinung, es könne nicht schaden, wenn wir in Abs. 1 «nach Möglichkeit» drin lassen, um das etwas zu entschärfen. Deshalb bleiben wir bei unserer Version.

Reto Lauper (SVP): Ich bin grundsätzlich auch für die Massnahme der Einführung von Mehrweggeschirr. Sie reduziert den Einweg-Plastik deutlich. Ich mache aber beliebt, dass entscheidend ist, keine allzu starre Pflicht für Mehrweggeschirr mit Pfandpflicht zu machen. Ein Beispiel dafür liefert jetzt gerade der BSC Young Boys beim Wankdorf-Stadion mit 32'000 Personen, die etwas konsumieren und trinken.

Da ist sicher der eine oder andere Gemeindeparlamentarier auch dabei. Die Holzbecher werden nach dem Gebrauch separat gesammelt, gehäckselt, wieder zu Holzplatten gepresst und danach zu Möbeln verarbeitet. Das heisst, aus dem Bierbecher, aus dem ich am letzten Match getrunken habe, wird später ein Möbelstück, das dann in meiner Stube steht. Das ist doch einmal ein Kreislauf! Das ist doch etwas Gutes, und es würde nicht unter dieses Mehrweggeschirr mit Pfandpflicht fallen. Wir sollten uns also hüten, zu starre Vorgaben zu machen, die eben möglicherweise nicht in jedem Kontext sinnvoll sind. Wenn ich schon hier stehe: Ich finde es bei diesem Thema lobenswert von der Gemeinde, dass sie nicht nur fordert, nach Möglichkeit Mehrweggeschirr zu verwenden, sondern auch gleich die Einführung eines eigenen Mehrweggeschirr-Angebots prüft. Sie prüft selbst, was das ökologisch Sinnvollste wäre, und sie prüft sogar bestehende bisherige Angebote, wie zum Beispiel die der Stadt Bern. Merci.

Beschluss (11 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung)

Der Antrag der Grünen zu Art. 6 Abs. 1 wird abgelehnt.

II. Aufgaben der Gemeinde

Art. 7 Öffentliche Entsorgung

Keine Bemerkungen

Art. 8 Angebote

Keine Bemerkungen

Art. 9 Sammeldienst

Keine Bemerkungen

Art. 10 Sammelstellen

Keine Bemerkungen

Art. 11 Bereitstellung

Keine Bemerkungen

Art. 12 Abfallbehälter

Keine Bemerkungen

Art. 13 Besondere Angebote

Keine Bemerkungen

Art. 14 Weitere Angaben

Keine Bemerkungen

Art. 15 Leistungen ausserhalb der Siedlungsabfallentsorgung

Keine Bemerkungen

Art. 16 Zusammenarbeit mit Dritten

Keine Bemerkungen

III. Finanzhaushalt

Art. 17 Spezialfinanzierung

Keine Bemerkungen

Art. 18 Aufwendungen und Erträge
Keine Bemerkungen

Art. 19 Marktleistungen
Keine Bemerkungen

Art. 20 Kosten zulasten der Inhaberinnen und Inhaber
Keine Bemerkungen

IV. Gebühren und vertragliche Entgelte

Art. 21 Grundsätze
Keine Bemerkungen

Art. 22 Gebührenpflichtige Personen
Keine Bemerkungen

Art. 23 Bemessung
Keine Bemerkungen

Art. 24 Grundgebühren
Keine Bemerkungen

Art. 25 Verursachergebühren
Keine Bemerkungen

Art. 26 Verursachergebühren für angelieferte Abfälle
Keine Bemerkungen

Art. 27 Weitere Gebühren und vertragliche Entgelte
Keine Bemerkungen

Art. 28 Auslagen, Mehrwertsteuer
Keine Bemerkungen

Art. 29 Ergänzendes Recht
Keine Bemerkungen

V. Vollzug und Sanktionen

Art. 30 Organisation
Keine Bemerkungen

Art. 31 Durchsetzung der Vorgaben, Kontrollen
Keine Bemerkungen

Art. 32 Strafbestimmung
Keine Bemerkungen

Art. 33 Rechtspflege
Keine Bemerkungen

VI. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 34 Verordnung

Keine Bemerkungen

Art. 35 Übergangsrecht

Keine Bemerkungen

Art. 36 Aufhebung bisherigen Rechts

Keine Bemerkungen

Art. 37 Inkrafttreten

Keine Bemerkungen

Anhang: Rahmen-Gebührentarif

Keine Bemerkungen

1 Grundgebühren

Keine Bemerkungen

2 Verursachergebühren für Kunststoffe, Kehrlicht und Sperrgut

Keine Bemerkungen

3 Verursachergebühren für Grünabfälle

Keine Bemerkungen

4 Anlieferpauschale für Sammelstellen

Keine Bemerkungen

5 Weitere Gebühren

Antrag Grüne:

Gebühr Häckseldienst: die ersten 15 min gratis.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir haben die Ökobilanz und was jetzt ökologischer ist, ob ein Fahrzeug der Gemeinde kommt oder diese Dinge abgeführt werden, nicht ausgerechnet. Tatsache ist einfach, dass es für die Gärten auch gut wäre, wenn man das Grüngut häckseln und im Garten mulchen würde. Das wäre nämlich gut für den Garten, weil so auch der Kreislauf geschlossen ist, anstatt dass man alles abführt und zu Biogas umwandelt. Deshalb finden wir, als Anreiz und um den Leuten den Häckseldienst der Gemeinde schmackhaft zu machen, könnte man sagen, die erste Viertelstunde ist gratis. Wer einen grossen Haufen hat, den man lange häckseln muss, soll die Gebühr bezahlen. Aber um die Leute zu animieren, stellen wir diesen Antrag.

Gabriela Siegenthaler Muinde (GR): Die Gebühren für den Häckseldienst sind ein Dauerbrenner. Wenn Ihr die LoNa lest, werdet Ihr immer wieder einen Artikel beziehungsweise Leserbrief dazu finden. Früher war der Häckseldienst gebührenfrei. Im Rahmen der Aufgaben- und Strukturprüfung, welche die Gemeinde durchgeführt hat, um insbesondere zu sehen, ob die Ausgaben reduziert werden können, hat man beschlossen, dass verschiedene Dienstleistungen gebührenpflichtig werden, darunter auch der Häckseldienst.

Die Gebühr, die verlangt wird, ist nicht kostendeckend. Es ist nach wie vor ein subventioniertes Angebot. Der GR bleibt bei seiner Haltung, dass man auf dem eingeschlagenen Weg bleibt, sprich die Gebühr weiterhin erhebt. Er ist auch der

Meinung, dass Dinge, die man anbietet, auch etwas wert sein dürfen, auch etwas Finanzielles wert sein dürfen.

Der Hinweis, dass die Ökobilanz nicht in jedem Fall besser ist, wenn man den Häckseldienst in Anspruch nimmt, ist wahrscheinlich ebenfalls richtig. Das heisst, die Gartenbesitzenden haben eine Alternative, die ökologisch ebenfalls sinnvoll ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass man den Häckseldienst nicht über Gebühr promoten muss, indem man ihn ganz gratis macht.

Beschluss (6 Ja / 18 Nein / 3 Enthaltungen)

Der Antrag der Grünen zum Anhang Rahmen-Gebührentarif (Ziffer 5) wird abgelehnt.

Rückkommen

Anhang, 2 Verursachergebühren für Kunststoffe, Kehricht und Sperrgut

Reto Lauper (SVP): Ich hätte noch etwas zu Punkt 2 des Anhangs. Entschuldigung, dass ich aus der Reihenfolge geriet. Es ging mir vorhin etwas zu schnell. Wir haben bekanntlich beim Grüngut eine Jahresmarke eingeführt, die sich mehr als etabliert hat und wirklich eine sehr gute Sache ist. Man könnte sich jetzt fragen, wobei ich nicht sage, dass man das tut: Weshalb bieten wir es nicht auch für den Kehricht an? Also, dass man einfach auf seinen Kehrichtcontainer eine Jahresmarke kleben kann, und dann Kehricht rein, Sache erledigt. Das wäre falsch. Das wäre nicht richtig. Das Produzieren von Kehricht soll nicht grundsätzlich noch gefördert werden, und es würde auch quasi die Separatsammlungen bekämpfen und abwerten.

Aber ich möchte gerne etwas aus Erfahrung sagen. Das lokale Gewerbe tritt oft mit dem Bedürfnis an uns heran, ob es nicht möglich wäre, den Gewerbekehricht mit einer Jahresgebühren-Marke sammeln zu lassen. Was hätte das alles für Vorteile? Für das Gewerbe würde die Einführung einer Jahresmarke für Kehricht zu einer zuverlässigen Entsorgung, zu einer fast noch zuverlässigeren Entsorgung führen. Ich weiss aus Erfahrung, dass vielfach bei Betrieben – und ich meine wirklich vielfach – das Anbringen einer Einzelleerungsmarke schlicht vergessen geht, weil der Lehrling, der Abwart oder wer auch immer es einfach vergisst, weil sie wohl zu sehr am Arbeiten sind, oder was sie auch immer machen. Die Kosten für die Kehrichtbeseitigung wären für das Gewerbe auch planbar. Man könnte fast mit Fixkosten rechnen, also, was es pro Jahr in etwa kosten würde.

Gewerbekehricht-Container würden jeweils bei jeder Abfuhr geleert. Sie wären somit immer leer, analog etwa dem Grüngut-Container. Für das lokale Gewerbe wäre das ein Mehrwert, und nach mir spricht da eigentlich nicht viel dagegen. Mit der Aufnahme dieser Möglichkeit im Abfallreglement würde die Gemeinde die Flexibilität schaffen, die Jahresgebühren-Marke für Gewerbekehricht-Container einzuführen, wenn sich der Zeitpunkt dazu eignet. Sicher frühestens per 1. Januar 2026. Es muss ja auch noch dem Preisüberwacher vorgelegt werden.

Mein Antrag, den ich in diesem Fall gerne stellen würde, ist eine Ergänzung im Anhang des Rahmen-Gebührentarifs. Es wäre vielleicht ein Punkt 2.5. Der Antrag lautet dahingehend, den Anhang zu ergänzen, sodass die Möglichkeit einer Einführung einer solchen Jahresgebühren-Marke für Gewerbekehricht-Container vorgesehen wird.

Antrag Lauper:

«Einführung Jahresgebührenmarke für Gewerbekehricht-Container»

Ergänzung Anhang «Rahmen-Gebührentarif»

Der Antrag lautet, das Abfallreglement dahingehend zu ergänzen, dass die Möglichkeit zur Einführung von Jahresgebührenmarken für Gewerbekehrichtcontainer vorgesehen wird.

2.5 Jahresgebühr für

– Container 140l

– Container 240l

– Container 360l

– Container 770-800l

Der passende Preisrahmen soll der GR festlegen und dem Preisüberwacher vorlegen.

Die Vorsitzende: Kannst du mir diesen Antrag noch schriftlich geben?

Reto Lauper (SVP): Ja, das kann ich.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Dieses Anliegen ist uns nicht neu. Wir haben es bei der Überarbeitung des Abfallreglements sehr intensiv diskutiert. Es gibt folgende Überlegungen: Wir haben quasi eine Hierarchie der Abfallströme. Der brennbare Kehricht ist die schlechteste Variante von allen. Aus diesen Überlegungen waren wir der Meinung, dass wir gerade für brennbaren Kehricht bei einer verursacherbezogenen mengenmässigen Gebühr bleiben sollten. Sprich, dass sich eine Verringerung der Menge tatsächlich auch auf den Preis auswirkt.

Bei einer Jahresgebühr haben wir eine Pauschalisierung. Ich verstehe absolut, dass das Handling einfacher ist. Das kann ich nachvollziehen. Aber aus den genannten Überlegungen möchten wir darauf verzichten. Wir hoffen, dass wir in Zukunft auch beim Gewerbe mehr Überlegungen haben, wie die Abfallströme allenfalls anders aussehen und auch in einen Kreislauf gehen könnten. Dazu sind Projekte angedacht. Wir haben uns gegen die Überlegung entschieden, den brennbaren Kehricht, der die schlechtmöglichste Variante von Abfall ist, pauschalisiert entgegenzunehmen.

Zum Antrag selbst muss ich aus rein rechtlicher Sicht festhalten, dass wir einen Antrag annehmen müssten, in dem konkret ein Rahmen steht. Wir müssten die neue Gebühr für den ganzen Container pro Jahr kennen. Was wäre der Rahmen? Mindestens so und so viel, maximal so und so viel, dies für sämtliche Containerkategorien. Selbst wenn das jetzt eingereicht würde, wäre es für uns, ehrlich gesagt, etwas schwierig, in diesem Moment zu beurteilen, ob sie angemessen sind oder nicht. Das ist die rechtliche Überlegung, was für einen Antrag wir heute bewilligen und in den Gebührentarif aufnehmen könnten, und was quasi zu wenig präzise wäre. Merci.

Patricia Messerli (forum): Stimmen wir jetzt über diesen Antrag ab?

Die Vorsitzende: Ja.

Patricia Messerli (forum): Eigentlich hätten die Anträge bis Freitag eingereicht werden müssen. Ich finde es in Unkenntnis möglicher Auswirkungen etwas schwierig. Ich finde das Anliegen grundsätzlich berechtigt, aber ich weiss nicht, ob wir jetzt einfach so auf die Schnelle befinden können, ohne zu wissen, was entgeht. Müsste man das nicht vielleicht bei der nächsten Sitzung noch einmal kurz anschauen? Ich finde es etwas gefährlich. Ich möchte auch nicht einfach zustimmen oder ablehnen, ohne die konkreten Auswirkungen zu kennen. Entweder gibt es ein 5-minütiges Timeout, damit wir den Antrag noch kurz lesen können. Oder sonst mache ich beliebt, dass wir nächstes Mal erneut darüber diskutieren.

Die Vorsitzende: Damit es keine Verwirrung gibt: Anträge kann man immer einbringen. Es ging darum, die Planung zu vereinfachen. Deshalb haben wir die Fraktionen gebeten, die Anträge vorgängig einzubringen. Aber es ist in der Debatte immer möglich, einen weiteren Antrag zu stellen. Ich verstehe den Punkt, dass Ihr das besprechen möchtet, deshalb schlage ich ein Timeout vor.

Reto Lauper (SVP): Ich möchte noch kurz etwas dazu sagen. Erst einmal merci für die Berichtigung, dass man auch während der Debatte Anträge einreichen darf. Die Antwort von Gabriele ist eigentlich schon fast gut für mich. Dies aus zwei Gründen. Erstens ist mein Antrag nicht vollständig, weil ich noch keinen möglichen Preisrahmen angegeben habe. Mir scheint, ich hätte das noch mit einer zuständigen Person besprochen. Aber wie auch immer, er ist nicht komplett. Das ist mein Fehler. Das andere ist, dass ich heute Abend zugehört habe, was der GR bisher diskutiert hat. Ich weiss, dass der GR viel diskutiert und sich sehr viele Gedanken über das gemacht hat, was uns heute vorliegt. Er hat sich bei jedem einzelnen Artikel die Vor- und Nachteile überlegt und, wie Gabriele sagt, auch über die Einführung einer Jahresmarke für Kehricht gesprochen.

Ich hatte aus dem Bauch heraus das Gefühl, dass man das für das Gewerbe anbieten könnte. Denn ich habe von Gewerblern schon gehört, dass das doch praktisch wäre. Die Erklärung von Gabriele ist für mich aber genug schlüssig, um zu sagen, ich ziehe meinen Antrag zurück. Es ist so: Das höhere Ziel ist auch für mich als Gewerbler zu schauen, dass die Kehrichtproduktion zurückgeht. Und man muss nicht Anreize schaffen, um Kehricht noch einfacher abzugeben.

Also, ich ziehe in diesem Fall meinen Antrag zurück. Nicht der Einfachheit halber, sondern weil es mich jetzt selbst überzeugt hat und mein Antrag nicht ganz vollständig dasteht. Sorry für das Protokoll, das deshalb länger wird. Aber ich ziehe den Antrag wieder zurück. In Ordnung?

Die Vorsitzende: Der Antrag wurde zurückgezogen. Wir kommen zu den weiteren Wortmeldungen allgemeiner Natur zum Reglement.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich möchte kurz präzisieren: Die Überarbeitung des Abfallreglements war ein Legislaturziel, und zwar Nr. 20-1-6. Es ist nicht einfach aus der Hüfte geschossen. Wir haben uns für einen relativ schlanken Vorbereitungsprozess entschieden und nicht noch Mitwirkung und alles Mögliche gemacht, weil wir der Meinung waren, dass sich materiell praktisch nichts ändert. Im Sinne von effizientem Ressourceneinsatz haben wir deshalb nicht einen riesigen Prozess aufgelegt. Das können wir für ein anderes Mal vielleicht besser machen. Danke.

Bernhard Häuselmann (GPK) verzichtet auf ein Schlusswort.

Die Vorsitzende: Für das Protokoll: Wir sind aktuell 28 Anwesende.

Beschluss (28 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das neue Abfallreglement wird erlassen und per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt.

3. Fraktion SVP: Postulat «Ernst Mischler-Platz»; Zwischenbericht

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet anstelle von Markus Bärtschi auf das Wort.

Die Vorsitzende: Wünscht jemand von der SVP-Fraktion das Wort?

Charlotte Siebenrock-Häberli (SVP): Einen eigenen Strassennamen zu erhalten, ist eine Ehre für die betreffende natürliche Person. Das erhält man aber auch nicht einfach so. Die Gemeinde sagt, dass sie diese Ehre nur zurückhaltend vergeben will. Es muss verdient sein, dass eine Person aus Sicht der anderen eben etwas besser, etwas Aussergewöhnlicheres, etwas Erfolgreicheres als andere gemacht hat.

Wir hatten das Gefühl, dass Ernst Mischler vielleicht ein solcher Kandidat gewesen wäre. Ich finde, dass dieser Ansatz eigentlich der richtige Hintergrund ist, auch für den Fall, dass man eben eine solche Person ehren will.

Der GR schreibt weiter, dass er bis zum Geschlechterausgleich Personen des weiblichen Geschlechts prioritär behandeln will, um eine solche Ehrung zu erhalten. Wir erhielten im Januar eine Liste mit den Strassennamen. Es steht 9 zu 1 für die Männer. Also braucht es für die künftige Vergabe von Strassennamen etwas Fingerspitzengefühl. Denn wir finden, es sollte weder Quotenfrauen geben, noch sollten verdiente Männer dadurch diskriminiert werden, dass eben die Frau den Vorzug erhält.

Aber kurz gesagt: Wir bedanken uns für den Zwischenbericht, und wir unterstützen den Antrag des GR. Merci.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. Keine Wortmeldungen. Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) und Charlotte Siebenrock-Häberli (SVP) verzichten auf ein Schlusswort.

Der Zwischenbericht wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Beschluss (28 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Das Postulat wird abgeschrieben.

4. Postulat Fankhauser (SP) / Zaccaria (SP): Freier Zugang zum Internet auf öffentlichen Plätzen der Gemeinde; Zwischenbericht

Stephan Lack (GR) verzichtet auf das Wort.

Suzanne Fankhauser (SP): Wusstet Ihr all das, was in diesen Antwortteilen drin war? Also, ich nicht. Wir haben uns dann noch ein paar zusätzliche Überlegungen gemacht. Zuerst einmal zur Antwort des GR: Dafür ein grosses Merci. Wir empfanden sie als sehr detailliert. Es ist eine aussagekräftige Stellungnahme, die wir selbstverständlich begrüssen. Besonders der graphische Überblick hat uns eine gewisse Klarheit verschafft. Das hat auch gezeigt, dass die Gratis-Hotspots oder eben die öffentlichen WLAN-Zugriffspunkte durchaus vorhanden sind und auch rege genutzt werden.

Wir haben sogar erfahren, dass die Nutzung in letzter Zeit massiv zugenommen hat. Das hat uns gezeigt, dass durchaus ein Bedürfnis für diese Gratiszugänge besteht. Wir fanden, dass dieses Angebot allen etwas nützt und allen die Möglichkeit gibt,

auf dem Internet gratis zu surfen. Wir waren von den Antworten eigentlich sehr positiv überrascht.

Aber einen kleinen Wermutstropfen möchten wir doch noch formulieren. Erstens bräuchte es aus unserer Sicht eine bessere Beschilderung. Wir finden, die Hotspot-Standorte sind nicht so bekannt. Ich habe herumgefragt, und von meinen Bekannten wusste niemand, wo diese denn genau sind. Sie fanden, es wäre positiv, wenn es ein Hinweisschild gäbe und man auf das Angebot aufmerksam machen würde. Das würde ebenfalls der verstärkten Nutzung Rechnung tragen, und das entspricht ja eigentlich unserer Zielsetzung.

Der zweite Punkt ist, dass wir der Meinung sind, etwas mehr Werbung in der Gemeinde würde dieser Idee guttun. Wir sind der Meinung, dass die Informationen über die Webseite der Gemeinde, grundsätzlich sowieso über die Kommunikationskanäle laufen könnten. Wir fänden es auch toll, wenn es im Newsletter vorhanden wäre, aber auch wieder einmal in den LoNa aufgegriffen werden könnte. Wir sähen als Idee auch, dass man einmal Flyer in die Haushalte schicken oder auch einmal ein Plakat erstellen könnte, auf dem man zeigt, wo sich die Zugänge befinden. Das könnte man im selben Stil machen wie in den Zügen, als kleines Internet-Symbol, das Ihr alle kennt. Das würde helfen, dass man es findet. Ich kann mir auch einen QR-Code vorstellen, wie er in anderen Städten auf grossen Plätzen zum Teil vorhanden ist.

Der dritte Punkt ist, dass wir fanden, es sei eigentlich interessant zu wissen, wer die Nutzerinnen und Nutzer sind. Dies selbstverständlich anonymisiert. Aber so könnten wir herausfinden, was die Nutzerinnen und Nutzer eigentlich interessiert an dem Ganzen und was sie positiv finden. Wir möchten den Bedarf ein bisschen detaillierter erhoben wissen. Das würde uns etwas bringen, damit wir mögliche Schwachstellen optimieren könnten. Dieses Feedback würde selbstverständlich helfen, eine Verbesserung hinzubekommen, und wir möchten im Sinn unserer Gemeinde schliesslich immer noch etwas besser werden, wenn es irgendwie geht, und nicht rückwärtsgehen.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen: Der Kanton hat den Gemeinden eine Aufforderung zukommen lassen, sie möchten doch die Digitalisierung vorantreiben, und zwar bis ins Jahr 2029. Das Jahr 2029 kommt, und wir können dem nicht ausweichen. Ich glaube, dass wir alle ein Interesse daran haben, dass unsere Gemeinde diesbezüglich gut dasteht. Ich würde mir das wünschen. Merci vielmals.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. Keine Wortmeldungen. Stephan Lack (GR) und Suzanne Fankhauser (SP) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Zwischenbericht wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Beschluss (28 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat wird abgeschrieben.

5. Motion Zaccaria (SP): Installation von Nist- und Wohnkästen für Vögel und Fledermäuse an allen öffentlichen Gebäuden der Gemeinde Muri-Gümligen

Die Vorsitzende: Es handelt sich um Traktandum 5, das in den Unterlagen fälschlicherweise als Geschäft 6 beziffert wurde.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet auf das Wort.

Angelo Zaccaria (SP): Ich habe einen Vogelkasten mitgenommen. Was Ihr hört, geschätzte Anwesende, ist ein Potpourri an Vogelstimmen, die man in unserer Zeit immer seltener vernimmt, in einer Zeit von Monokulturen, von zunehmend betonierten, versiegelten urbanen Gebieten. Es sind Klänge, die man in unseren Lebensräumen immer seltener und immer weniger hört.

Die Motion, die Euch vorliegt, möchte Nistkästen. Sie möchte Nistkästen und Wohnkästen für Vögel, aber auch für Fledermäuse, und möchte also alles, was in der Luft kreucht und fleucht fördern und bewahren. Es gibt Texte aus dem Mittelalter, wonach man am Himmel Schwärme von Vögeln und Insekten sah, und dieser Himmel wird immer leerer. Es ist immer etwas traurig, wenn man das hört. Man fühlt sich irgendwo alleine. Ich stelle die Vogelstimmen etwas leiser, es stört jetzt doch ein wenig.

Nun habe ich gehört, dass es Stimmen gab, das sei ein eher unnötiger Vorstoss, wieder so ein Detail. Aber da möchte ich auf ein für mich wichtiges sozialistisches Werk verweisen, und zwar auf das Matthäusevangelium, Kapitel 6, Vers 26: «Seht die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel kostbarer als sie?»

Ich mache jetzt selbst eine kleine Textexegese. Ich weiss nicht, ob die Theologen unter uns damit einverstanden wären, aber ich übersetze es so, dass wir natürlich kostbar sind und einen wichtigen Auftrag haben zu bewahren, unsere Schöpfung zu bewahren und Freude an diesen Tieren zu haben, die auf den ersten Blick in dem Sinn nicht zweckdienlich sind, sondern eine andere Bedeutung haben. Sie machen Freude. Wenn man etwas tiefer schaut, sieht man, dass sie eben die Biodiversität im Lot halten und eine sehr wichtige Aufgabe haben. Deshalb würde ich sagen, es ist eine sehr wichtige Aufgabe, die wir da wahrnehmen. Sie ist, wenn man so will, sogar biblisch verbrieft.

Ich danke dem GR sehr für die Antwort und dafür, dass er das ernstgenommen hat. Aber ich finde, es ist eine etwas vage Antwort. Die Motion ist aus meiner Sicht und aus Sicht der SP sehr klar formuliert. Es gibt einen klaren Auftrag. Dann sieht man, dass man auf die Immobilienstrategie verweist, die irgendwann einmal überarbeitet werden soll. Wann genau? Mir fehlen Zeitangaben, Umsetzungspläne, wo und wie sie aufgehängt werden sollen. Man spricht davon, dass es bereits Nistkästen gibt. Das stimmt, aber es wird nicht aufgezeigt, wo überall. Vom Seidenberg-Schulhaus wird gesprochen. Auch da fehlt es mir etwas an konkreten Hinweisen, wie man das genau umsetzen möchte.

Deshalb möchte ich sehr an Euch appellieren, das ist auch im Sinn der SP-Fraktion, dass man die Motion nicht abschreibt, sondern das noch weiter prüft und vertieft, sodass man diese Klänge eben auch noch in Zukunft bei uns in der Gemeinde hören kann. Merci vielmals.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Ronald Buff (FDP): Ich komme zur Fraktionserklärung der FDP zur Motion Zaccaria, «Installation von Nist- und Wohnkästen für Vögel und Fledermäuse an öffentlichen Gebäuden der Gemeinde Muri-Gümligen». Eine kleine Bemerkung zum Titel der Motion: Ich weiss nicht, ob Angelo als Namen der Gemeinde bewusst Muri-Gümligen geschrieben hat oder ob es unbewusst geschah. Fact ist, die Gemeinde heisst Muri bei Bern. Alles andere wird die Abstimmung von Sonntag zeigen. Grundsätzlich begrüsst die FDP Massnahmen für die Biodiversität. Allerdings steht

die FDP auch für Eigenverantwortung und weniger Regulierungen. Das zeigen auch unsere Bestrebungen im Kampf um die Flut der verschiedenen Ökolabels. Der GR führt in seiner Stellungnahme aus, dass der Landschaftsrichtplan auf die zwei Ziele Biodiversität und Klimawandel ausgerichtet ist und sich somit klar zu einer konsequenten Förderung der Biodiversität bekennt.

Ebenfalls sehen wir bei einem Rundgang durch die Gemeinde die diversen Arbeiten in diese Richtung, wie Asthaufen et cetera. Da der GR die Immobilienstrategie überarbeitet und diese danach den SNBS-Standard enthalten soll, mit dem erwähnten Abschnitt aus der Stellungnahme zum Thema Nisthilfen, sehen wir die Motion Zaccaria bereits als erfüllt an. Wir finden deshalb, dass die Motion gar nicht erst überwiesen und abgeschrieben werden soll. Die Fraktion FDP wird für ein Nichtüberweisen der Motion stimmen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich möchte nun doch noch etwas dazu sagen. Einerseits, Roni, geht es um die gemeindeeigenen Gebäude, welche die Motion thematisiert. Wenn die Gemeinde einen ambitionierten Landschaftsrichtplan erlassen hat, was wir sehr begrüßen, dann soll sie auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen und die Massnahmen bei Gebäuden, bei denen sie es selbst in der Hand hat und niemandem dreinredet, sondern mit eigenem Beispiel vorangehen kann, auch machen.

Wir sind dafür, diese Motion zu überweisen. Was die Abschreibung anbelangt, finden wir den Weg, den der GR aufzeigt, dass man das eben in eine Immobilienstrategie reinnimmt, eine gute Absicht. Aber es ist eben erst eine Absicht. Ob der GR die Immobilienstrategie mit diesen Inhalten tatsächlich so beschliesst, wissen wir noch nicht. Deshalb ist es formal nicht korrekt, die Motion mit der Überweisung auch gleich abzuschreiben. Denn es ist eine reine Absichtserklärung. Deshalb sind wir dafür, dass man die Motion überweist, aber noch nicht abschreibt, sondern den GR dann eben den Weg gehen lässt, den er skizziert. Wenn er die Immobilienstrategie verabschiedet hat, dann kann er uns die Abschreibung dieser Motion beantragen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ich sehe, diese Motion gibt mehr zu diskutieren, als ich annahm. Ich möchte festhalten, dass der GR diese Motion sehr grosszügig beantwortet hat. Die Installation von Nist- und Wohnkästen für Vögel und Fledermäuse fällt nach unserem Verständnis in die Kompetenz des GR. Man kann sich also auch die Frage stellen, ob das überhaupt ein motionsfähiger Text ist. Wir haben ihn in dem Sinn entgegengenommen und möglichst grosszügig, aber auf einer strategischen Ebene, beantwortet. Eben genau aus der Überlegung, dass wir zwar auf einer bilateralen Ebene durchaus bereit sind, Vorschläge für weitere Standorte entgegenzunehmen. Aber wir sind nicht der Meinung, dass eine Motion der richtige Weg ist. Aus diesen Überlegungen bleiben wir bei unserem Antrag, diese Motion abzuschreiben und nicht noch einen Zwischenbericht zu verfassen. Selbstverständlich stehen wir auf Anfrage gerne zur Verfügung für Auskünfte, was getan wurde.

Angelo Zaccaria (SP) verzichtet auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Beschluss

1. Die Motion wird überwiesen. (16 Ja / 12 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Die Motion wird abgeschrieben. (16 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltungen)

6. Postulat Grossenbacher (Grüne): Mehrweg ist Mehrwert: für umwelt- und klimafreundliche Verpackungslösungen; Zwischenbericht

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet auf das Wort.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Wir kommen von den Vögeln zurück zum Kehrlicht. Es geht wieder um Mehrweggeschirr. Wir danken dem GR für die Beantwortung des Postulats und auch für die Massnahmen, die eingeleitet wurden. Wir sind einverstanden mit dem Zwischenbericht und damit, dieses Postulat abzuschreiben, haben aber, verbunden mit dieser Abschreibung, schon Erwartungen an den GR bezüglich der Umsetzung dieses Postulats und auch der Umsetzung des Abfallreglements, das wir jetzt beschlossen haben. Denn es gibt da durchaus Zusammenhänge. Ich möchte die Erwartungen, die wir haben, gerne etwas formulieren.

Bei unserem Punkt 2 ging es darum, dass bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund Mehrweggeschirr verwendet wird. Wir haben es im Rahmen des Abfallreglements für die bewilligungspflichtigen Anlässe geregelt. Aber es gibt in unserer Gemeinde natürlich auch viele Anlässe, die keine Bewilligung brauchen, bei denen es aber durchaus auch sinnvoll wäre, wenn sie Mehrweggeschirr verwenden könnten und nicht einfach Plastik-Wegwerfgeschirr. Die Gemeinde hat, wie Reto bereits gesagt hat, angekündigt, dass sie prüfen wird, ob sie ein solches Verleihsystem von Mehrweggeschirr macht, das man als Verein, Quartier oder auch Partei bei der Gemeinde einfach ausleihen und auch verwenden könnte. Wir würden so etwas sehr begrüßen. Wir Grüne machen zum Beispiel im Wahlkampf Anlässe, bei denen wir einmal Frappé ausgeschenkt haben oder nächsten Samstag Most ausschenken werden. Dafür haben wir bisher immer selbst Mehrwegbecher organisiert. Wenn wir das in Zukunft von der Gemeinde verwenden könnten, fänden wir das ein super Angebot.

Punkt 3 betrifft die Einrichtungen der Gemeinde, also die gemeindeeigenen Einrichtungen. Dazu sagt der GR, dass er grösstenteils schon auf einem guten Stand ist. Da sehen wir durchaus noch Luft nach oben. Ich habe es schon bei der Begründung des Postulats gesagt. Eine grosse Ausnahme schloss gerade letzten Sonntag wieder, nämlich das Muribad. Im Muribad erhält man sein Essen teilweise auf Geschirr, das man dann auch wieder zurückbringt. Aber einen grossen Teil gibt es immer noch in Wegwerfgeschirr, wenn man zum Beispiel im Muribad Pommes Frites und so weiter isst. Hier hätte die Gemeinde es als Verpächterin des Betriebs in der Hand, Auflagen zu setzen, sodass im Muribad wirklich auch konsequenter Mehrweggeschirr genutzt wird.

Es gibt aber auch andere gemeindeeigene Betriebe oder Institutionen, die sicher noch Verbesserungspotenzial haben. Sei das zum Beispiel, wenn es ein Fest in den Schulen gibt. Da erwarten wir vom GR wirklich, dass er diese Betriebe noch einmal sensibilisiert und darauf achtet, dass man dort, wo die Gemeinde es in der Hand hat, auch Mehrweggeschirr braucht. Bei Punkt 4, der Sensibilisierung, stellt der GR in Aussicht, dass er, jetzt auch in Zusammenhang mit dem Abfallreglement, Massnahmen ergreifen will. Darauf sind wir sehr gespannt. Wir finden es wichtig und freuen uns auf das, was noch kommen wird. Merci.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten. Keine Wortmeldungen. Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) und Franziska Grossenbacher (Grüne) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen.

Der Zwischenbericht wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Beschluss (28 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
Das Postulat wird abgeschrieben.

7. Interpellation SVP: Vakanz Leitung Soziale Dienste

Die Vorsitzende: Die Antwort des GR liegt schriftlich vor.

Martin Häuselmann (GR) und die SVP verzichten auf das Wort. Diskussion wird nicht verlangt.

Die schriftliche Antwort auf die Interpellation SVP «Vakanz Leitung Soziale Dienste» wird zur Kenntnis genommen.

8. Einfache Anfrage Held (FDP): Update räumliches Leitbild

Die Vorsitzende: Die Antwort des GR liegt schriftlich vor. Möchtest du sie mündlich ergänzen, Stephan Lack? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Geschäftsordnung des GGR sieht bei einfachen Anfragen keine Diskussionsmöglichkeit vor.

Die schriftliche Antwort auf die einfache Anfrage Held (FDP) «Update räumliches Leitbild» wird zur Kenntnis genommen.

9. Einfache Anfrage Held (FDP): Dekarbonisierung in der Gemeinde Muri-Gümligen

Die Vorsitzende: Die Antwort des GR liegt schriftlich vor.

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Ihr findet heute auf Eurem Pult eine Karte. Es ist die Klima- und Energiestrategie 2045, die der GR im Oktober 2022 verabschiedet hat und die Ihr hier im GGR im November 2022 zur Kenntnis genommen habt. Ich rufe sie gerne in Erinnerung, weil sie quasi die Grundlage der Antwort auf die einfache Anfrage Held ist. Merci.

Die schriftliche Antwort auf die einfache Anfrage Held (FDP) «Dekarbonisierung in der Gemeinde Muri-Gümligen» wird zur Kenntnis genommen.

10. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR): Die erste Information ist aus dem Ressort von Markus Bärtschi und betrifft das Angebot PubliBike. Die Stadt Bern hat in Zusammenarbeit mit weiteren Gemeinden aus der Agglomeration eine öffentliche Ausschreibung für die Weiterführung des Angebots durchgeführt. Im Juni wurde der Zuschlag an den bisherigen Anbieter PubliBike vergeben. Unsere Gemeinde erhielt bei diesem Angebot zwei Optionen. Einerseits ein Basisnetz mit zwei Stationen, wie bisher. Andererseits ein Basisnetz plus mit insgesamt zehn Stationen. Der GR hat darüber beraten und kam zum Schluss, dass er die Option mit zehn Stationen realisieren möchte. Für die neuen Standorte braucht es aber zum Teil noch Verhandlungen mit Privaten und Baubewilligungen. Die Umsetzung wird also

erst mit einer gewissen Verzögerung in den nächsten Jahren stattfinden. Man hat darauf geachtet, dass die Stationen möglichst gut auf das Gemeindegebiet verteilt sind. Thoracker, Melchenbühl, Seidenberg, Kräyigen, Gümligenfeld, Sonnenfeld, Siloah und Aarebad Muri sind angedacht.

Die einmaligen Investitionskosten für die Installation belaufen sich auf CHF 105'000. Die Betriebskosten werden auf CHF 34'000 jährlich steigen, bei bisher CHF 20'000 für zwei Stationen. Das heisst, in Zukunft wird das Angebot wesentlich günstiger. Der GR bestellt dieses Angebot vorerst für weitere vier Jahre. Die neue Regie soll per Januar 2026 übernehmen. Wie gesagt, die neuen, zusätzlichen Stationen werden im Verlauf der weiteren Jahre realisiert.

Dann habe ich auch noch Informationen aus meinem Ressort. Das eine ist, dass die Klima- und Energiestrategie der Gemeinde besagt, dass wir aktiv die Zusammenarbeit mit Drittparteien suchen sollen. Das gilt insbesondere auch für die Wirtschaft. Der GR hat deshalb die Lancierung einer Plattform «Klima und Wirtschaften» als vierjährigen Pilot beschlossen. Die Startveranstaltung fand im Juni bei der HACO statt. Diese Woche werden die Einladungen für den zweiten Anlass am 7. November zum Thema «Eine Zukunft ohne Abfall» verschickt, die bei der «E. Bigler Transporte AG» stattfindet.

Eine weitere Mitteilung ist ... – Nein, die halte ich mir bis zum Schluss auf.

Es folgen zwei Informationen der gbm. Eine ist, dass es Wechsel im Verwaltungsrat der gbm gab. Mathias Prüssing, bisheriger Verwaltungsratspräsident, trat per Ende August zurück. Der Hintergrund dieses Wechsels ist, dass er zum Verwaltungsratspräsident der «ara region bern ag» gewählt wurde. Die gbm sind Aktionäre der Ara, und ein Verwaltungsratspräsidium in beiden Organisationen ist aufgrund möglicher Interessenkonflikte nicht angezeigt.

Die Nachfolge von Mathias Prüssing ist bestimmt. Der GR hat Daniel Trüssel gewählt. Er bringt nicht nur grosse Führungserfahrung mit, sondern ist insbesondere ein ausgewiesener Fachmann für Fernwärmeprojekte. Das ist ein Projekt, das die gmb aktuell sicher am meisten fordert. Gleichzeitig hat der GR beschlossen, den Verwaltungsrat mit zwei zusätzlichen Mitgliedern aufzustocken und hat Daniel Arn und Thomas Hanke in das Gremium gewählt.

Die zweite Information vonseiten gbm betrifft die Abwasserbewirtschaftung. Ihr konntet sicher den Medien entnehmen, dass Berichte erschienen, die zumindest versuchen, glaubhaft zu machen, die Gemeinde Muri sei mit ihrer Abwasserbewirtschaftung verkehrt unterwegs. Ich möchte das hier ganz ausdrücklich und klar richtigstellen: Dem ist nicht so. Was in der Gemeinde Muri bei Bern in der Abwasserbewirtschaftung gemacht wird, entspricht einerseits den kantonalen Vorgaben und andererseits dem aktuellen Stand der Technik in der Schweiz.

Es war bis in die 70er Jahre üblich, dass man das Abwasser direkt in die Gewässer entsorgt. Dann startete der Bau von Kanalisationen mit Abwasserreinigungsanlagen. Das ist der heutige Stand. Die Leitungen zur Ara entsprechen einem normalen Aufkommen beziehungsweise normalen Regenfällen. Sie sind nicht dimensioniert, um jede Dimension von Niederschlagsmengen absorbieren zu können. Das heisst, wenn es starken Niederschlag gibt, sind die Leitungen überfordert.

Es ist heute überall in der Schweiz so, dass in solchen Situationen Restabwasser mit einer ungefähr 100fach verdünnten Regenwasserzufuhr in die Gewässer entlastet wird. Das ist bei uns im Bodenacker der Fall. Wir haben drei solche Leitungen bei uns in der Gemeinde. Die im Bodenacker ist die grösste. Ich möchte anfügen, dass es im Einzugsgebiet der «ara region bern ag» über 200 solche relevanten Entlastungsleitungen gibt. Wenn man alle zusammenzählt, auch die nicht relevanten, sind es noch wesentlich mehr.

Muri ist diesbezüglich also überhaupt nicht in einer speziellen Situation. Wir wurden als Beispiel herausgepickt und haben das Unglück, dass der Auslass im Bodenacker so gelegen ist, dass er meist über dem Wasserpegel der Aare liegt. Die meisten Entlastungsleitungen, die andere Gemeinden haben, sind häufig unter dem

Wasserpegel, sprich sie sind weniger gut sichtbar.

Es war mir wichtig, das heute zu präzisieren, damit Ihr auch versteht, wie der grössere Zusammenhang ist. Selbstverständlich ist auch die Gemeinde Muri bei Bern interessiert, bessere Lösungen für die Zukunft zu finden. Es ist nicht so, dass wir cool finden, dass die aktuelle Situation so ist. Aber es sind gravierende infrastrukturelle Herausforderungen. Man muss sich gleichzeitig auch die Frage stellen: Ist es wirklich sinnvoll, alles Wasser, das als Niederschlagswasser bei uns herunterkommt, einfach durch eine möglichst grosse Röhre möglichst weit weg von uns zu schicken?

Wir wissen, dass die Niederschlagsmenge mit dem Klimawandel variieren wird. Die Niederschlagsmenge wird wahrscheinlich zwar ungefähr gleichbleiben, aber konzentriert anfallen: Starkniederschläge, Trockenheit. Wenn wir das Wasser bei Starkniederschlag einfach entsorgen, kann es auch sein, dass es negative Auswirkungen auf den lokalen Wasserkreislauf haben wird. Die Problematik ist relativ komplex. Man muss gut darüber nachdenken. Sicher werden wir nicht ausschliesslich auf Stufe Gemeinde neue Lösungen finden können. Wenn, dann muss eine gesellschaftliche und schweizweite Diskussion geführt werden, wie man in Zukunft mit diesen Niederschlagsmengen vernünftig umgehen will.

Ich komme zum letzten Punkt, Informationen aus meinem Ressort. Die Gemeinde ist seit dem Jahr 2016 Energiestadt. Bei der Erstzertifizierung hat sie rund 55 Prozent der Punkte erreicht. Bei der Rezertifizierung im Jahr 2020 sind wir auf 65 Prozent hinaufgerutscht. Dieses Jahr, das heisst nach weiteren vier Jahren, stand wiederum ein Audit an. Aufgrund der Fortschritte beschloss der GR, dieses Audio als «Energiestadt Gold» anzustreben. Dafür werden mindestens 75 Prozent aller möglichen Punkte verlangt. Der Zertifizierungsprozess ist jetzt fast erfolgreich abgeschlossen. Ausstehend ist nur noch die Entscheidung der europäischen Label-Kommission. Angesichts der Punktereserve sollte das eine reine Formsache sein. Deshalb wissen wir schon heute, dass der Trägerverein Energiestadt Muri als hundertste Gold-Stadt aus allen Gemeinden ausgewählt hat, welche die Auszeichnung dieses Jahr geschafft haben.

Das bedeutet, dass an der schon bisher geplanten zweiten Klimadebatte vom 20. November hier im Mattenhofsaal gleichzeitig der Festakt für die neuen Gold-Städte 2024 durchgeführt werden wird. Wir freuen uns auf die Rolle als Gastgeber und hoffen, dass Ihr möglichst zahlreich an diesem Anlass dabei sein werdet. Merci vielmals.

Von den Informationen des GR wird Kenntnis genommen.

11. **Neue parlamentarische Vorstösse**

Motion Arnold (SP): Integrierte Versorgung in der Gemeinde Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. Eine Stuserhebung zur integrierten Versorgung in Muri-Gümligen durchzuführen und basierend darauf einen Handlungsplan zu entwickeln, wie die Gemeinde der kantonalen Teilstrategie «integrierte Versorgung» des Kantons Bern entsprechen will.
2. Eine Strategie zur Förderung der integrierten Versorgung zusammen mit den relevanten Anbietern zu erarbeiten, welche deren Zusammenarbeit fördert, wobei die Gemeinde eine aktive und führende Rolle in der Koordination übernimmt.
3. Den Perimeter der integrierten Versorgung zu prüfen und abzuklären, inwieweit Synergien mit umliegenden Gemeinden genutzt werden können.
4. Die Bevölkerung über die Vorteile der integrierten Versorgung zu informieren und regelmässig über die Entwicklung der integrierten Versorgung in Muri-Gümligen

zu berichten.

5. Die Verantwortlichkeiten betreffend integrierte Versorgung innerhalb der Verwaltung klar zu definieren und die integrierte Versorgung in die Legislaturziele 2025–2028 aufzunehmen.

Begründung

Die demografische Entwicklung zeigt unmissverständlich: Die Bevölkerung wird zunehmend älter (insbesondere und überproportional in der Gemeinde Muri-Gümligen) und der Bedarf an Gesundheits- und Sozialleistungen wächst in den kommenden Jahrzehnten erheblich. In den nächsten 20 Jahren wird die Nachfrage nach Notfallversorgung, Pflege und weiteren Unterstützungsleistungen drastisch zunehmen. Gleichzeitig steht das Gesundheitswesen, bedingt durch den Fachkräftemangel und den Druck auf die Kosten, vor grossen Herausforderungen. Auch Muri-Gümligen bleibt von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Um sicherzustellen, dass die Gesundheitsversorgung in der Gemeinde weiterhin qualitativ hochwertig, bedarfsgerecht und effizient bleibt, ist die Einführung eines Modells der integrierten Versorgung notwendig.

Eine integrierte Versorgung fördert die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gesundheits- und Sozialdienstleistern. Dies bedeutet, dass die Behandlung und Betreuung der Patienten über die gesamte Versorgungskette hinweg optimal koordiniert wird. Im Zentrum steht dabei der Patienten- bzw. Kundennutzen. Es geht darum, die richtige Unterstützung durch die passenden Fachpersonen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort bereitzustellen, sei es medizinisch, pflegerisch, therapeutisch oder sozial. Durch eine stärkere Zusammenarbeit der Akteure wird die Effizienz erhöht, während gleichzeitig die Versorgungsqualität verbessert wird.

Die Gemeinde Muri-Gümligen hat in diesem Bereich bereits hervorragende Ausgangsbedingungen. Mit Akteuren wie der Stiftung Siloah, der Tochtergesellschaft Alenia (Alterszentrum und Spitex), zwei weiteren Alters- und Pflegeheimen, dem Seniorenrat, Apotheken, Hausärzten, sowie Vereinen wie «Nachbarschaft Muri-Gümligen», der Fachstelle für Altersfragen und weiteren, sind bereits wesentliche Versorgungsanbieter vorhanden. Diese Akteure können durch ein gemeinsames Konzept besser vernetzt werden, um Synergien zu nutzen und den Patienten eine ganzheitliche Betreuung anzubieten.

Ein zentraler Schritt für die Einführung der integrierten Versorgung in Muri-Gümligen ist die Durchführung einer Statuserhebung, um den aktuellen Stand der Gesundheitsversorgung zu erfassen und herauszuarbeiten, wie die Gemeinde der Teilstrategie «Integrierte Versorgung» des Kantons Bern, die bereits vom Regierungsrat beschlossen wurde, entsprechen kann. Im Weiteren sollte geprüft werden, inwieweit es sinnvoll ist, die integrierte Versorgung über die Gemeindegrenzen hinaus auszuweiten und Synergien mit umliegenden Gemeinden zu nutzen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Regionen kann zusätzliche Effizienzgewinne ermöglichen, die Versorgung langfristig sichern und entspricht auch der Vision des Kanton Berns.

Damit die integrierte Versorgung in Muri-Gümligen erfolgreich umgesetzt werden kann, muss die Gemeinde eine aktive und führende Rolle in der Vernetzung der Versorgungspartner übernehmen. Dies umfasst nicht nur die Organisation von Vernetzungsanlässen, sondern auch die Förderung der Partizipation aller Akteure.

Die Bevölkerung muss durch regelmässige Informationen auf den Mehrwert einer integrierten Versorgung in Muri-Gümligen aufmerksam gemacht werden.

Eine vorgängige Klärung der Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung ist Voraussetzung für eine reibungslose Koordination der integrierten Versorgung. Um eine nachhaltige und langfristige Umsetzung zu gewährleisten, ist die Verankerung der integrierten Versorgung in den Legislaturzielen 2025–2028 zentral.

Insgesamt bietet die integrierte Versorgung eine Chance, die Gesundheitsversorgung in Muri-Gümligen zukunftssicher zu gestalten. Die bereits bestehenden Strukturen und Partnerschaften bieten eine solide Basis für die Entwicklung eines solchen Modells. Durch eine systematische und koordinierte Herangehensweise kann die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert und die Attraktivität der Gemeinde für Unternehmen und Bewohner gesteigert werden. Es ist im Interesse von Muri-Gümligen, diesen Weg aktiv zu gestalten und eine Vorreiterrolle in der regionalen Gesundheitsversorgung einzunehmen.

Muri-Gümligen, 9. September 2024

L. Arnold

A. Zaccaria, V. Legler (3)

Motion Arnold (SP): Standortförderung für Hausärzte und Sicherstellung der notfallärztlichen Versorgung in Muri-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. Sofortige Massnahmen zur Standortförderung zu ergreifen, um Hausärzte in Muri-Gümligen zu halten und neue Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen.
2. Bestehende Hausarztpraxen in Muri-Gümligen bei der Nachfolgeplanung und Neuausrichtung zu unterstützen.
3. Eine umfassende Statuserhebung zur hausärztlichen Grund- und Notfallversorgung in Muri-Gümligen durchzuführen und darauf basierend eine Strategie zu entwickeln, um die ambulante medizinische Grundversorgung (Hausarztmedizin) langfristig sicherzustellen.
4. Massnahmen zu ergreifen, um die notfallärztliche Versorgung mittelfristig sicherzustellen, insbesondere durch Zusammenarbeit mit kommunalen und regionalen Partnern.
5. Zu klären, inwieweit Synergien mit umliegenden Gemeinden genutzt werden können, um die hausärztliche und notfallärztliche Versorgung effizienter zu gestalten.

Begründung

Die hausärztliche Grundversorgung in Muri-Gümligen steht vor grossen Herausforderungen. Wie in den letzten Jahren ersichtlich wurde, besteht ein akuter Mangel an Nachfolgern für scheidende Hausärzte, was die Versorgung der Bevölkerung gefährdet. In den Jahren 2022 bis 2024 musste die Notfalldiensterbringung teilweise durch Ärzte aus Bern, insbesondere durch City Notfall, übernommen werden, was für den ärztlichen Dienstkreis Muri-Gümligen Kosten von über 22.000 CHF verursacht hat. Die Abhängigkeit von externen Akteuren zeigt die Dringlichkeit, lokale Lösungen zu finden.

Darüber hinaus wird durch den demografischen Wandel und als Folge, die zunehmende Alterung der Bevölkerung, der Bedarf an hausärztlicher Betreuung weiter steigen. Zwei weitere Hausärzte treten bald in den Ruhestand, und ohne geeignete Nachfolge wird die ambulante medizinische Grundversorgung in Muri-Gümligen massiv eingeschränkt sein.

Die Gemeinde Muri-Gümligen liegt bereits unter der WHO-Richtlinie, die empfiehlt, einen Hausarzt pro 1.000 Einwohner zu haben. Falls keine Massnahmen ergriffen werden, droht eine langfristige Unterversorgung. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Gemeinde eine aktive Rolle bei der Sicherstellung der hausärztlichen und notfallärztlichen Versorgung übernimmt und ein langfristiges Konzept entwickelt, das auf der regionalen Zusammenarbeit und der Schaffung von Anreizen für Hausärzte basiert.

Durch diese Motion wird die Grundlage geschaffen, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung von Muri-Gümligen nachhaltig zu sichern und die Attraktivität des Standorts für Hausärzte und die Einwohnerinnen und Einwohner zu steigern.

Muri-Gümligen, 9. September 2024

L. Arnold

A. Zaccaria, V. Legler, S. Bähler, F. Grossenbacher, R. Lauper, H. Gashi, S. Fankhauser (8)

Motion Bless (FDP): Vorwärts mit dem Bau eines Erlebnisspielplatzes auf dem Füllerich

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Planung und den Bau eines attraktiven Erlebnis- bzw. Abenteuerspielplatzes für Kinder und Jugendliche auf dem Füllerich in nächster Nähe zum neu zu erstellenden Pumptrack zu prüfen und ohne weitere Verzögerung die erforderlichen Schritte zur Umsetzung einzuleiten. Hierzu gehören die Erstellung eines detaillierten Konzeptes, die Budgetplanung (unterteilt in Investitions- und Unterhaltskosten) unter Einbezug möglicher Fördermittel und Sponsoren sowie die Identifizierung eines geeigneten Standorts auf der Sport- und Freizeitanlage Füllerich.

Begründung

Seit Jahren wird in unserer Gemeinde der dürftige Zustand der öffentlichen Spielplätze moniert. Viele der Spielplätze sind zudem auf Kita-, Kindergarten- oder Schulgeländen und somit während des Schulbetriebs nicht ohne Weiteres zugänglich. Trotz Erarbeitung eines Spielplatzkonzeptes und der Einberufung einer Ad-hoc-Spielplatzkommission vor vier Jahren müssen viele Eltern weiterhin mit ihren Kindern auf Spielplätze von Nachbargemeinden ausweichen (z.B. Efenau, Rosengarten etc.).

Auf der Spiel- und Sportanlage Füllerich hat der Grosse Gemeinderat an seiner Sitzung vom 18. Juni 2024 einen Pumptrack im Wert von CHF 378'000 genehmigt, welcher auf dem ungenutzten Beach-Soccer-Feld zu stehen kommen soll. Dieses Feld stand auch zur Diskussion als möglicher Standort für einen grossen Abenteuerspielplatz, steht nun aber hierfür nicht mehr zur Verfügung. Der Füllerich ist zentral zwischen den beiden Ortsteilen Gümligen und Muri gelegen. Er ist deshalb ein verbindendes Element in unserer Gemeinde und bietet mit seiner Nähe zum Einkaufszentrum am Turbenweg sowie zur Gemeindebibliothek eine hervorragende Gelegenheit für Eltern mit Kindern, den Einkauf mit Unterhaltung, Spiel und Spass zu verbinden. Der bestehende öffentliche Spielplatz auf dem Füllerich ist klein und erfüllt das Bedürfnis eines Spielplatzes für Kinder verschiedenen Alters und als Treffpunkt für Eltern und ihrer Kinder nicht. Der neu zu erstellende Pumptrack wird zwar den Füllerich für Kinder und Jugendliche aufwerten, aber nicht die Bedürfnisse

aller Kinder abdecken. Ein Erlebnisspielplatz mit vielseitigen Spielgeräten, natur-nahen Elementen und allenfalls einer thematischen Gestaltung ist aus folgenden Gründen eine ideale Ergänzung:

1. Förderung der physischen und sozialen Entwicklung und des kreativen Spiels: Ein Erlebnis- bzw. Abenteuerspielplatz bietet Kindern und Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten, ihre motorischen Fähigkeiten zu verbessern, ihre Kreativität zu entfalten und soziale Kompetenzen zu entwickeln. Durch abwechslungsreiche Spielgeräte und Herausforderungen können Kinder spielerisch ihre Grenzen austesten und gleichzeitig Teamarbeit sowie Problemlösungsfähigkeiten trainieren.
2. Stärkung der Gemeinschaft und Förderung der Familienfreundlichkeit: Ein solcher Spielplatz kann als zentraler Treffpunkt für Familien dienen und die soziale Interaktion innerhalb der Gemeinde fördern. Er bietet nicht nur den Kindern eine wertvolle Freizeitgestaltung, sondern schafft auch einen Raum für Eltern und Grosseltern, sich zu begegnen und auszutauschen.
3. Erhöhung der Lebensqualität und Attraktivität der Gemeinde: Die Schaffung eines Spielplatzes erhöht die Attraktivität unserer Gemeinde sowohl für die ansässigen Familien als auch für neue Bewohner. Ein gut gestalteter Spielplatz kann auch als positives Argument bei der Ansiedlung neuer Familien dienen.
4. Berücksichtigung der aktuellen Bedürfnisse: Der Bedarf an abwechslungsreichen und gut ausgestatteten Spielplätzen wächst stetig. Die bestehenden Spielplätze in der Gemeinde erfüllen nicht mehr die aktuellen Standards oder bieten nicht die notwendige Vielfalt an Spielmöglichkeiten. Ein neuer attraktiver Erlebnis- bzw. Abenteuerspielplatz könnte dieses Defizit ausgleichen.

Muri, 17. September 2024

A. Bless

E. Zloczower, S. Eugster, R. Buff, L. Held, J. Schenk, L. Bircher (7)

Postulat Schenk/Bless (FDP): Zugang zu AED verbessern – Leben retten!

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

1. welche der heute bereits vorhandenen gemeindeeigenen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) rund um die Uhr der Bevölkerung zugänglich gemacht werden können.
2. ob es weitere gemeindeeigene Objekte (z.B. Kita-Gebäude, Musikschule, Schulen etc.) gibt, welche an der Aussenfassade mit AEDs ausgestattet werden könnten, um in der Gemeinde eine möglichst grosse Abdeckung an AEDs zu ermöglichen.
3. ob in Zusammenarbeit mit der Kirchgemeinde Muri-Gümligen ein zusätzliches öffentlich zugängliches AED-Gerät bei der Kirche Gümligen installiert werden kann.
4. ob es Möglichkeiten gibt, mit privaten Besitzern von AEDs zusammenzuarbeiten, um diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Begründung

Bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand zählt jede Minute. Die Faustregel besagt, dass mit jeder Minute, die zwischen dem Herz-Kreislauf-Stillstand und der Behandlung vergeht, die Überlebenschance um etwa 10 Prozent sinkt. Nur bei etwas mehr als 50 Prozent der beobachteten Herz-Kreislauf-Stillstände wird der Rettungsdienst innerhalb der ersten drei Minuten alarmiert. Es dauert daher oft einige Minuten, bis die professionelle Rettung eintrifft. In der Schweiz erleiden jedes Jahr rund

8000 Menschen einen Herz-Kreislauf-Stillstand. Ein grosser Teil dieser Patienten hat in den ersten Minuten nach dem Ereignis Kammerflimmern, das durch eine möglichst schnelle Defibrillation behandelt werden kann. Entscheidend für das Überleben sind daher die schnelle Alarmierung der Rettungsdienste sowie die sofortige und ununterbrochene Durchführung von Wiederbelebungsmaßnahmen.

In der Gemeinde gibt es neun gemeindeeigene öffentliche AED. Damit diese Geräte effektiv genutzt werden können, müssen sie in kurzer Gehdistanz erreichbar und jederzeit zugänglich sein. Dies trifft jedoch auf sieben der von der Gemeinde betriebenen AEDs nicht zu. Diese befinden sich in den Eingangsbereichen der Sporthallen und können daher nur während der Öffnungszeiten der Schulsportstätten verwendet werden. Ein grosser Teil des Gemeindegebiets ist somit, insbesondere nachts und während der Schulferien, nur unzureichend abgedeckt. Die Erfahrung zeigt ausserdem, dass öffentlich zugängliche AED-Geräte kaum von Vandalismus betroffen sind und der Vorteil solcher öffentlichen Geräte klar überwiegt.

Die reformierte Kirchgemeinde Muri-Gümligen besitzt bereits ein AED-Gerät welches jedoch aufgrund seiner Lage im Kirchgemeindehaus in Gümligen der Öffentlichkeit ebenfalls nur eingeschränkt zur Verfügung steht. Die Kirchgemeinde Muri-Gümligen zeigt sich jedoch offen, in Zusammenarbeit mit der Einwohnergemeinde eine weiteres Gerät im jederzeit öffentlich zugänglichen Vorraum der Kirche Gümligen zu installieren und den dafür notwendigen Platz zur Verfügung zu stellen.

Gümligen, 17. September 2024

J. Schenk, A. Bless

E. Zloczower, S. Eugster, R. Buff, A. Scherrer, Ch. Siebenrock-Häberli, L. Held, G. Grossen, V. Legler, A. Zaccaria, L. Arnold, M. Sager, M. Koelbing, F. Grossenbacher, S. Bähler, S. Fankhauser, H. Gashi, L. Bircher (19)

Interpellation Müller Kearns (FDP): Begleitmassnahmen zur Wahrung der Interessen der Gemeinde Muri – Gümligen im Generationenprojekt Bypass Bern-Ost

Der Gemeinderat wird gebeten Auskunft zu erteilen zu folgenden Fragen über den Bypass Bern-Ost:

- Mit welchen Massnahmen und Mitteln kann die Gemeinde Muri Gümligen ihre Interessen in die weiteren politischen und planerischen Prozesse im Projekt Bypass Bern-Ost einbringen und wahren?
- Welche Schwerpunkte verfolgt der Gemeinderat im Interesse der Gemeinde in der weiteren Projektentwicklung?
- Mit welchen Massnahmen soll insbesondere die Ausgestaltung des Multi-Autobahnanschlusses Muri begleitet werden, damit einerseits eine optimale Anbindung der Gemeinde an das übergeordnete Strassennetz ermöglicht und andererseits der Lebensraum Tannental-Gümligenfeld sich nicht zu einer Verkehrsbrache entwickelt?
- Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um die Ortsdurchfahrten Muri und Gümligen vor Mehrverkehr zu bewahren?

Begründung

Mit dem Leitbild Fokusraum Bern-Ost haben die Partner des Generationenprojekts Bypass Bern-Ost (Bund, Kanton, Gemeinden) ein visionäres Gesamtbild über die Entwicklung des Lebensraums rund um die geplante Autobahnumgestaltung

zwischen den Anschlüssen Bern-Wankdorf und Muri-Gümligen gezeichnet. Es eröffnet grosse Entwicklungsmöglichkeiten für das gemeindeübergreifende Gebiet und wird gleichzeitig die zukünftige Ausgestaltung beider Gemeindegürteln Muri und Gümligen massgeblich verändern und bestimmen.

Die Gemeinde soll die vielfältigen Chancen, die sich aus dem Rückbau und der Umgestaltung der heute offen geführten Nationalstrasse ergeben, aktiv nutzen und dabei die Gefahren, welche die Verkehrsverlagerungen bergen, frühzeitig erkennen und mit hartnäckigem Intervenieren und Mitgestalten minimieren.

Der Bypass Bern-Ost wird den Autobahnanschluss Muri-Gümligen neben dem Anschluss Wankdorf zum wichtigsten Knotenpunkt des Strassenverkehrs für den gesamten östlichen Siedlungsbereich der Agglomeration Bern «aufwerten». Über diesen Verkehrsknoten werden vielfältige und gegenüber dem heutigen Zustand zusätzliche wichtige Verkehrsflüsse und -anknüpfungen abgewickelt. Bei einem Vollausbau aller möglichen Verkehrsverbindungen besteht die Gefahr einer komplexen und grossflächigen Rampenarchitektur, welche den Landschaftsraum Tannental-Gümligenfeld langfristig und tiefgreifend verändern würde.

Weiter ist mit der Aufhebung des Vollanschlusses Bern-Ostring ein erhöhter Verkehrsdruck auf die Ortsdurchfahrten in Muri und Gümligen zu erwarten, insbesondere durch den Pendlerverkehr zu den Stossverkehrszeiten.

Mit den absehbaren Auswirkungen durch das Generationenprojekt gilt es die Interessen der Gemeinde Muri-Gümligen sorgfältig abzuwägen und mit einer aktiven Mitwirkung in die weiteren politischen und planerischen Prozesse einzubringen. Die Gemeinde soll aus dem Generationenprojekt einen maximalen Nutzen ziehen, ohne die Voraussetzungen einer übernächsten «Stadtreparatur» im Osten der Gemeinde zu schaffen.

Muri b. Bern, 05.09.2024

A. Müller Kearns

E. Zloczower, A. Bless, S. Eugster, R. Buff, A. Scherrer, R. Weibel, Ch. Siebenrock, R. Lauper, L. Held, J. Schenk, G. Grossen, L. Arnold, M. Sager, B. Häuselmann, Ch. Lucas, M. Koelbing, L. Bircher, F. Grossenbacher, S. Bähler, S. Fankhauser, H. Gashi, Ch. Spycher (23)

Interpellation SP-Fraktion: Mischkanalisation und Regenüberlaufbecken

Der Gemeinderat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

- In welchem Umfang leitet die Gemeinde Muri-Gümligen im Vergleich zu anderen Gemeinden Abwasser in die Aare? Ist auf Basis konkreter Mengenangaben ein Vergleich mit der Stadt Bern möglich?
- Gibt es Pläne des Gemeinderats, das Regenüberlaufbecken zu vergrössern? Mit welchen Kosten wäre eine Vergrösserung verbunden?
- Welche Kosten hätte die Umstellung der Kanalisation von Mischkanalisation auf Trennkanalisation für die Gemeinde zur Folge?
- Verfolgt die Gemeinde Pläne, in bestimmten Quartieren von einer Misch- auf eine Trennkanalisation umzustellen, um sowohl die Kanalisation als auch das Regenüberlaufbecken zu entlasten?
- Wie alt ist das Kanalisationsnetz der Gemeinde und ab wann ist mit umfangreicheren Erneuerungsarbeiten zu rechnen?

Begründung

In den Medien wurde kürzlich über das Ablassen von Abwasser unserer Gemeinde in die Aare berichtet. Obwohl sich die Gemeinde an eine gängige Praxis hält, hat dieses Thema viele Menschen in unserer Gemeinde bewegt und die Medienartikel haben Fragen aufgeworfen.

Hinzu kommt, dass die sich verändernden Klimaverhältnisse etliche Herausforderungen für Gemeinden mit sich bringen. So nehmen beispielsweise Starkregenereignisse zu. Dies belastet die Kanalisationsinfrastruktur. Die Gemeinden müssen sich auf die neuen Bedingungen einstellen und Lösungen erarbeiten, um die Kanalisationsinfrastruktur zu entlasten. Sei es mit einem sinnvollen Ausbau der vorhandenen Infrastruktur oder mit dem Sicherstellen, dass Regenwasser vermehrt im Boden versickern kann und so nicht in die Kanalisation gelangt (Schwammstadt).

Muri-Gümligen, 17. September 2024

V. Legler, A. Zaccaria, L. Arnold, G. Grossen, Ch. Lucas, B. Häuselmann, M. Sager, S. Bähler, F. Grossenbacher, A. Bless, S. Eugster, H. Gashi, S. Fankhauser (13)

Einfache Anfrage Zaccaria (SP): Zustand der Saalibrücke

Der Zustand der Saalibrücke sowie der umliegenden Wege gibt Anlass zur Sorge. Die defekte Beleuchtung, der beschädigte Belag, die wuchernden Hecken und Sträucher gefährden die Verkehrssicherheit und beeinträchtigen die Zugänglichkeit. Diese Situation wurde bereits von besorgten Bürgerinnen und Bürgern kritisiert. Insbesondere in den Abendstunden sowie bei widrigen Wetterverhältnissen ist die Situation als prekär zu bewerten.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Instandsetzung der Beleuchtung:

- Bereits vor einiger Zeit wurde angekündigt, die Beleuchtung auf der Saalibrücke auf LED-Technik umzustellen. Die Arbeiten scheinen jedoch ins Stocken geraten zu sein, da die Brücke nach wie vor ungenügend beleuchtet ist. Wann kann die Bevölkerung mit einer vollumfänglichen Inbetriebnahme der neuen Beleuchtung rechnen?
- Es kommt immer wieder vor, dass defekte Lampen lange Zeit nicht ersetzt werden. Welche Massnahmen kann der Gemeinderat ergreifen, um eine schnellere Reparatur sicherzustellen?

Sanierung des Belags:

- Welche konkreten Massnahmen sind geplant, um die Risse und Erhebungen auf der Saalibrücke zu beseitigen, die nach den Bohrungen vor zwei Jahren entstanden sind?
- Wann werden diese Massnahmen umgesetzt?

Pflege der Wege:

- Welche Massnahmen plant der Gemeinderat zur Beseitigung der überwuchernden Vegetation im Umkreis der Saalibrücke?

Muri-Gümligen, 21. Mai 2024

A. Zaccaria

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Die Unterlagen zur Totalrevision der Gemeindeordnung (GO) werden Euch morgen Mittwoch, 18. September, per E-Mail vorgängig zugeschickt, damit Ihr genug Zeit habt, das Geschäft vorzubereiten. Die Fragerunde zur Totalrevision der GO findet am 17. Oktober um 18 Uhr statt. Eine Einladung folgt. Die parlamentarische Behandlung erfolgt an der nächsten GGR-Sitzung vom 22. Oktober. Diese fängt bekanntlich früher an, und zwar bereits um 18 Uhr. Für eine kleine Zwischenverpflegung ist gesorgt. Der heutige Umtrunk wurde durch die FDP-Fraktion organisiert. Merci vielmals. An der nächsten Sitzung ist das forum an der Reihe.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Laura Bircher

Corinne Schweizer